

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Onay,

ich begrüße Sie und euch alle zu unserer diesjährigen Veranstaltung zum Antikriegstag hier auf dem Ehrenfriedhof am Maschsee Nordufer. Traditionell treffen wir uns hier am 1. September, um ein gemeinsames Zeichen für den Frieden in der Welt zu geben. Dies tun wir in dem festen Willen, für eine Welt ohne Kriege einzustehen. Wir wissen, dass es in der Vergangenheit keine Gedenkveranstaltung zum Antikriegstag gab, an der wir tatsächlich in einer Welt ohne Kriege lebten.

Dieses Jahr ist unser Bewusstsein noch stärker geprägt, wie schwer es ist, dieses Ziel zu erreichen. Denn heute vor 554 Tagen hat der russische Überfall auf die Ukraine begonnen. Als Begründung diente das erfundene Narrativ, dass mit der russischen „Spezialoperation“ Ukrainerinnen und Ukrainer von einem angeblichen Naziregime befreit werden. Das wirkliche Kriegsziel ist hingegen leicht zu erkennen: Die Ukraine sollte kontrolliert und damit jedwede Weiterentwicklung in Richtung eines freien und demokratischen Landes verhindert werden.

Dieses Ereignis hat in unserer Gesellschaft aber auch in meiner Gewerkschaft zu einer großen Verunsicherung und zu vielen Diskussionen geführt: Wie wollen wir mit dieser Situation umgehen? Was ist die richtige Position? Müssen wir unseren Friedensanspruch aufgeben?

Die Satzung der IG Metall gibt mir als IG Metalller einen klaren Auftrag. Dort steht im § 2, dass sich die IG Metall für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung einsetzt und dass es ihr Ziel ist, neofaschistische, militaristische und reaktionäre Elemente fernzuhalten. Aus diesem Grundverständnis heraus war die IG Metall schon immer wichtiger Teil der Friedensbewegung – auch hier in Hannover.

Wir Hannoveranerinnen und Hannoveraner wissen aus der eigenen Geschichte heraus bestens, welche schrecklichen Auswirkungen Kriege haben und wieviel Leid er den Menschen bringt. Es reicht ein Blick auf die Stadtmodelle im Foyer des Neuen Rathauses, die uns einen guten Eindruck auf die verheerenden Folgen und die zerstörerische Kraft von Waffen geben. Wer das einmal erkannt hat, muss sich gegen Krieg als Mittel der Politik aussprechen. Deshalb ist es eben nicht nur Satzungsauftrag, sondern auch unsere Überzeugung, für eine Welt zu arbeiten, in denen Waffen kein Mittel der politischen Auseinandersetzung zwischen Staaten mehr ist.

Die IG Metall ist auch eine Gewerkschaft in der Demokratie. Auch hier ist die Satzung der IG Metall deutlich: Die IG Metall bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, setzt sich für die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ein und verteidigt die freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie die demokratischen Grundrechte.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wissen, dass unsere Demokratie uns die Rahmenbedingungen garantiert, die wir brauchen, um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Arbeitslosen und der Rentnerinnen und Rentner erfolgreich zu vertreten. Unsere Demokratie gibt uns als Gewerkschaft das Recht zur freien Meinungs- und Willensbildung und der Art. 9 im Grundgesetz garantiert sogar die Existenz und die Handlungsfreiheit von Gewerkschaften.

Wir wissen, dass in den Gesellschaften ohne demokratische Grundstruktur diese Freiheiten nicht oder nur sehr eingeschränkt existieren. Die Rechte zur freien Entfaltung der Persönlichkeit, zur freien Meinungsäußerung, der freien Presse oder gar zur Gründung freier Gewerkschaften sind dort oft beschränkt. Dies sind aber Kernelemente persönlicher Freiheit. Jeder

Mensch, egal in welchem Land und in welcher Gesellschaft, muss das Recht haben, in Freiheit und Selbstbestimmung zu leben. Insofern muss es unser politisches Ziel sein, diese Erregenschaften allen Menschen dieser Welt zu ermöglichen.

Die Debatten der vergangenen Monate um diese Fragen haben gezeigt, dass das Spannungsfeld zwischen dem einerseits richtigen Ziel, für Abrüstung und Frieden einzustehen und dem andererseits richtigen Ziel, für Demokratie und Freiheit einzustehen, nicht gegeneinander negiert werden kann. Beides sind sehr zentrale politische Ziele. Sie beschreiben fundamentale Dimensionen einer lebenswerten Gesellschaft, auf die unser politisches Handeln gerichtet ist.

Zu diesem Handeln gehört es auch, Initiativen zu fordern, die das politische Ziel haben, Frieden zwischen Russland und der Ukraine zu erreichen und die Konfliktlösung wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Leider hören wir hierzu in den letzten Monaten viel zu wenig. Die öffentlich bekannten Initiativen von Ländern wie Brasilien oder China hatten bisher leider keinen Erfolg. Wir brauchen mehr Kraft in diese Diskussion, wie der Frieden auf politischen Weg erreicht werden kann.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
um Frieden und Demokratie langfristig zu festigen, müssen wir gemeinsam auch wachsam vor Denjenigen sein, die versuchen unsere demokratische Grundordnung in ihrem Sinne zu verändern. Mit Schrecken nehmen wir wahr, dass die AfD wachsenden Zuspruch in unserem Land bekommt. Und das obwohl es offensichtlich ist, dass die Partei immer weiter nach rechts abdriftet. Der Verfassungsschutz führt Teile der Partei bereits als „Verdachtsfall“ und andere als Teile wie z.B. die Junge AfD als gesichert rechtsextrem.

Auf dem Bundesparteitag der AfD in Magdeburg Ende Juli wurde deutlich, dass weite Teile der Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl ein gestörtes oder gar ablehnendes Verhältnis zur Demokratie haben. Trotzdem würden bundesweit 20 Prozent die Partei wählen, in einigen ostdeutschen Bundesländern sogar über 30 Prozent. Woran liegt das? Was können wir tun?

Es ist offensichtlich, dass sich Teile der Menschen in Deutschland von der Politik nicht mitgenommen fühlen. Zum Beispiel bei der Frage der Transformation in eine klimaneutrale Zukunft. Dieses Ziel wird von vielen geteilt und unterstützt. Es hat aber sehr lange gedauert bis wir beispielsweise beim Heizungsgesetz Lösungen gefunden haben, die auch die finanzielle Lebensrealität der Menschen im Blick hat.

Wir erleben seit zwei Jahren eine Inflation, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht kannten. Viele der Dinge des täglichen Lebens kosten jetzt deutlich mehr. Während dies für Einige eine „lästige Nebensächlichkeit“ ist, ist es für andere am Monatsende eine existentielle Frage. Wir müssen uns für diese Probleme der Menschen interessieren und Antworten finden.

Erkennbar kontraproduktiv ist es, dass wir es uns leisten können, ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen zur Stärkung der Verteidigung aufzubringen und kurze Zeit später Debatten zur Finanzierung der Kindergrundsicherung führen. Wir müssen zeigen, dass sich unsere Demokratie auch für die Schwächeren unserer Gesellschaft lohnt.

Die Gewerkschaften haben dies erkannt und setzen sich aktiv für die Interessen der Menschen ein – nicht nur in Tarifrunden, sondern auch im täglichen politischen Geschäft. Das ist ein wichtiger Beitrag für unsere Demokratie. Lasst uns alle in unserem jeweiligen Einflussbereich darauf schauen, was wir für mehr sozialen Ausgleich tun können. Jedes plus an selbst erfahrener sozialer Gerechtigkeit führt zu einem plus bei der Zustimmung für unsere pluralistische Gesellschaft – davon bin ich überzeugt.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
einen ganz konkreten Beitrag zu dieser Gedenkveranstaltung wird uns dieses Jahr wieder die IG Metall Jugend darstellen. Ich möchte mich ganz herzlich bei der Gewerkschaftsjugend dafür bedanken, dass sie jedes Jahr unsere gemeinsame Veranstaltung zum Antikriegstag mit kreativen und nachdenklichen Beiträgen begleitet.

Zunächst aber spricht nun unser Oberbürgermeister Belit Onay zu uns. Ich freue mich sehr darüber, dass wir in unserer Stadt so ein tolles gemeinsames Zeichen für eine Welt in Frieden geben und gemeinsam daran arbeiten, sagen zu können: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!